



Aprilsession 2017: Sessionsrückblick

Aufträge, Anfragen und Fragestunde

von Livio Zanetti*

Für die vergangene Grossratssession waren keine Sachgeschäfte traktandiert. So konnte in der eineinhalb Tagen dauernden Session alle vorliegenden Aufträge und Anfrage erledigt werden.

Neben den parlamentarischen Vorstössen wurde auch die Vorbereitungskommission für den Zusammenschluss der Gemeinden Thusis und Mutten gewählt. Seitens der CVP-Fraktion werden Grossrat Vitus Dermont, Laax, Grossrat Rodolfo Fasani, Mesocco und Grossrat Roland Kunfermann, Thusis Einsitz in die Kommission nehmen.

Es wurde auch die Anfrage auf Direktbeschluss betreffend die Änderung von Artikel 82 der Geschäftsordnung des Grossen Rates behandelt. Der Direktbeschluss, der einen neuen Absatz 4 mit dem Wortlaut "Die Formel des Eides und jene des Gelübdes werden stets in den drei Kantonssprachen vorgelesen, unabhängig von der Sprache der Person, welche den Eid leistet oder das Gelübde ablegt." vorsah, wurde aus Effizienzgründen abgelehnt. Sehr wohl soll jedoch die Herkunft der entsprechenden Personen berücksichtigt werden.

Elf Aufträge, zehn Anfragen und 19 Fragen wurden während der Session behandelt. Auf der neu gestalteten Homepage des Kantons Graubünden können die Aufträge und die Anfragen eingesehen werden (www.gr.ch/institutionen/parlamentarischevorstoesse). Die Fragen respektive die Antworten der Fragenstunden werden im öffentlich zugänglichen Grossratsprotokoll festgehalten.

Bei der letzten Justizreform wurde auf die Zusammenlegung des Kantons- und Verwaltungsgerichtes verzichtet. Das Ziel der Entpolitisierung der Richterwahlen wurde, was die Erfahrungen der letzten Wahlen zeigen, nicht erreicht. Daher soll die Regierung in einem Bericht aufzeigen, welche Vorteile und Nachteile die Zusammenlegung der Gerichte zu einem kantonalen Obergericht mit sich bringen würde. Weiter soll das Wahlsystem, die Amtsdauer und die Aufsicht überprüft werden. Der Kommissionsauftrag der Kommission für Justiz und Sicherheit "Organisation des Kantons- und Verwaltungsgerichts" wurde nach den Äusserungen vom Präsidenten der Kommission Grossrat Reto Cramer, Surava einstimmig überwiesen.

Der Auftrag Schneider "Automatische Umwandlung der Führerausweise auf Probe in unbefristete Führerausweise" wurde nicht überwiesen, weil die Regierung den Handlungsbedarf erkannte und bereits die entsprechenden Massnahmen in die Wege geleitet wurden. Grossrat Tino Schneider, Chur nahm dies mit Befriedigung zur Kenntnis.

Beim Auftrag Berther "Verfügbarkeit und wintersichere Bahnverbindung über den Oberalppass" ersuchen die Unterzeichnenden die Regierung, bei den zuständigen Bundesstellen, insbesondere beim Bundesamt für Verkehr, dahingehend aktiv zu werden, dass die Finanzierung durch den Bund für die Programmvereinbarung der Jahre 2020-2023 beantragt werden kann. Die Regierung betont in ihrer Antwort, dass die Verfügbarkeit der Oberalpbahnstrecke bereits jährlich 97 % beträgt. Trotzdem wird sich die Regierung im

Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine weiterhin hohe Verfügbarkeit und Wintersicherheit einsetzen. Der Auftrag wurde mit einer Gegenstimme überwiesen.

Die Bildung war wieder Thema. Es wurden zwei Aufträge überwiesen, welche zur Folge haben, dass das im 2012 totalrevidierte Schulgesetz wieder angepasst werden muss.

Den Auftrag Claus "Wiedereinführung der Einführungsstufe im Kanton Graubünden" unterstützte die CVP-Fraktion einstimmig. Dieser sieht vor, dass den Schulträgerschaften bei Bedarf ermöglicht werden soll, die reguläre zweijährige Einführungsstufe (inklusive der integrativen Variante für kleine Schulträger) wieder einzuführen. Der Auftrag wurde ebenfalls mit einer Gegenstimme überwiesen.

Der Auftrag Michael "Zuständigkeit und Gleichstellung der Schulungsformen im niederschweligen Bereich der Sonderpädagogik" verlangt, dass das Schulgesetz dahingehend angepasst wird, dass die verankerten Schulungs- und Förderformen der sonderpädagogischen Massnahmen gleichwertig integrativ, teilintegrativ und separativ möglich sind. Auch die Hinweise der Regierung auf die Bundesverfassung (Gleichberechtigung), Behindertengleichstellungsgesetz, UNO-Behindertenkonvention und einen Bundesgerichtsentscheid, welcher ein grundsätzlicher Vorrang der integrierten gegenüber der separierten Sonderschulung vorsieht, vermochten nicht zu verhindern, dass der Auftrag entgegen der Mehrheit der CVP-Fraktion überwiesen wurde.

**zum Autor: Livio Zanetti ist Grossrat aus Landquart und Mitglied der Kommission für Staatspolitik und Strategie. Er ist seit 2009 im Gemeindevorstand der Gemeinde Landquart und zurzeit auch Präsident der CVP Regionalpartei Landquart. Der diplomierte Treuhandexperte arbeitet als selbstständiger Treuhänder und führt im Mandat die Geschäftsstelle der CVP Graubünden.*